

## **Protokoll:**

CDU- Fraktionsvorsitzende Schuhmann- Dreyer erklärt, die reine Kenntnisnahme reiche nicht aus. Der Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses bestehe schon seit dem 25.02.2013 und die ADD habe die Jugendarbeit trotzdem weiterhin als freiwillige Leistung behandelt. Der Rat solle daher beschließen: „Der Stadtrat schließt sich dem Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses vom 25.02.2013 „Jugendarbeit ist Pflichtaufgabe“ sowie dem Beschluss des Jugendhilfeausschusses der Stadt Koblenz vom 22.05.2013 an.“

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig ist anderer Meinung. Ein Beschluss würde eine Einschränkung und Selbstbindung des Rates gegenüber zukünftigen Konsolidierungsmaßnahmen bedeuten. Budgetentscheidungen solle man erst fällen wenn sie anstünden. Es handele sich hier um einen Präzedenzfall für andere freiwillige Leistungen. Dies solle man lieber noch mal im Haupt- und Finanzausschuss besprechen.

Rm Keul- Göbel (BIZ) dankt der Verwaltung dafür, dass der Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses vorgelegt wurde. Sie sei es Leid immer zu diskutieren, was Pflichtaufgabe und was freiwillige Leistung im Jugendbereich sei. Fakt sei, man wolle nicht auf die vielfältigen Angebote verzichten und es gebe keine Kürzungsmöglichkeiten im freiwilligen Bereich der Jugendhilfe.

SPD- Fraktionsvorsitzende Lipinski- Naumann stimmt zu, dass das Thema sehr wichtig sei. Der Stadtrat sei zwar der Herr über den Haushalt und könne grundsätzlich beschließen was er möchte; aber wenn dies nicht von der ADD anerkannt werde, werde dadurch nichts erreicht. Sie bittet darum, die Angelegenheit in den nächsten Haupt- und Finanzausschuss wieder einzubringen. Hier sollten auch rechtliche Konsequenzen im freiwilligen Leistungsbereich definiert werden.

CDU- Fraktionsvorsitzende Schuhmann- Dreyer erklärt, die Angelegenheit leite sich aus dem SBG XIII ab und sei nicht vergleichbar mit anderen freiwilligen Bereichen, da es für diese keine Gesetzesgrundlage gebe. Sie ist damit einverstanden, die Vorlage und den Änderungsantrag erneut in den Haupt- und Finanzausschuss sowie den Stadtrat einzubringen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig fasst zusammen, dass die Unterrichtsvorlage mit dem Änderungsantrag der CDU- Fraktion in den Haupt- und Finanzausschuss gehe. Dort werde man dann auch klären, wie mit anderen Politikbereichen umgegangen werde. Dies seien dann Thematiken für den Sportausschuss und den Kulturausschuss.